



Straßenausbau? Ja, aber ohne Beiträge!

Von Benjamin Lassiwe
und Iris Leithold

Zwei Bundesländer, zwei Volksinitiativen gegen Straßenausbaubeiträge. Im Nordosten gehen Bürger gegen diese Zahlungen vor. Mecklenburg-Vorpommern ist bei dem Thema aber schon einen Schritt weiter als Brandenburg.

POTSDAM/SCHWERIN. Mit einer Unterschriftensammlung vor dem Potsdamer Landtag haben Vertreter von BVB/Freie Wähler am Dienstag eine Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Brandenburg gestartet. „Wir sind der Überzeugung, dass Straßenausbau zu den wesentlichen Elementen und Handlungen der staatlichen Daseinsvorsorge gehört“, sagte der Landtagsabgeordnete Péter Vida. „Das ist Teil klassischen hoheitlichen Handelns.“ Deswegen müssten Straßenausbauten durch die Allgemeinheit getragen werden. „Viele Familien, Senioren und ältere Einwohner mussten bis zu sechstellige Beiträge zahlen, weil die Gemeinde sich entschied, dort einen Weg zu bauen“, sagte Vida.

In Mecklenburg-Vorpommern sind sich Bürger ebenfalls einig, dass die Straßenausbaubeiträge weg müssen. Die Volksinitiative „Faire Straße“ hatte dort Mitte Oktober eine weitere Hürde genommen. Die Prüfung der eingereichten Unterschriftenlisten

war erfolgreich, wie aus einer Mitteilung des Landtags hervorging. Die Initiatoren der „Fairen Straße“ haben nach eigenen Angaben rund 44 000 Unterschriften gesammelt. Der Landtag muss sich deshalb mit der Volksinitiative befassen. Die Initiatoren von den Freien Wählern hoffen mit Blick auf die im Mai 2019 anstehenden Kommunalwahlen auf eine Änderung des Abgabengesetzes. Dieses zwingt die Kommunen bislang, von den Anliegern bis zu 90 Prozent der Kosten von den Anliegern zu verlangen.

Kosten würden Haushalt wohl kaum mehr belasten

Die Volksinitiative in MV schlägt vor, den Straßenbau aus Steuermitteln zu finanzieren – was bei Bundes- und Landesstraßen auch der Fall ist. Straßen seien Teil der Infrastruktur und damit der Daseinsvorsorge, argumentieren die Befürworter der Abschaffung der Anliegerbeiträge.

Ähnlich sieht es die Initiative in Brandenburg. Ihr Ziel sei, dass die Kosten für den Straßenausbau künftig vom Land übernommen werden. In Bayern, wo eine Volksinitiative der dortigen Freien Wähler erfolgreich war, würden die Mehrkosten für den Etat rund 65 Millionen Euro betragen, sagte Vida. In Brandenburg rechne man mit 30 bis 40 Millionen Euro pro Jahr, was etwa 0,2 bis 0,3 Prozent des Haushaltsvolumens des Landes entspräche. Unterstüt-



Jeannine Rösler FOTO: J. BÜTTNER

zung erhielt Vida von Vertretern einiger lokaler Bürgerinitiativen. Thomas Richter, Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung Prenzlau, sprach davon, dass es in der Gesellschaft eine ganze Reihe Gerechtigkeitsdefizite gebe. „Wir haben Leute, die Angst davor haben, dass ihre Straße neu gebaut wird“, sagte er. Es



Péter Vida FOTO: CHRISTOPH SOEDER

sei eine sehr ungesunde Entwicklung, wenn es bei Bürgern nur noch ein „Zusammenzucken“ gebe, sobald ein Brief von der Stadt ankomme.

Für einen Erfolg der brandenburgischen Volksinitiative sind in der ersten Runde 40 000 Unterschriften nötig. Sie sollen nach Angabe Vidas bis zum Frühjahr 2019 zu-

sammenkommen. Der Landtagsabgeordnete kündigte an, dass in den nächsten Wochen rund 100 000 Brandenburger Haushalte einen Brief mit einem Unterschriftenbogen und Informationen erhalten sollen.

Was Bayern kann, schafft der Nordosten auch, oder?

Widerspruch erfuhr das Vorhaben dagegen vom Brandenburger Städte- und Gemeindebund. „Für die Städte und Gemeinden ist die Beitragserhebung eine unverzichtbare autonome Finanzierungsquelle“, sagte dessen Geschäftsführer Jens Graf auf Nachfrage. „Ohne die Beiträge der anliegenden Grundstücke wäre der derzeitige Zustand vieler Gemeindestraßen nicht erreichbar gewesen.“ Der Städte- und Gemeindebund sei offen für Neuregelungen für Härtefälle, etwa Stundungen oder Ratenzahlungen.

Auch bei Bündnis 90/Die Grünen stieß die Volksinitiative auf Ablehnung. „Mit der Forderung, die kommunalen Straßenausbaubeiträge dem Land aufzubürden, machen es sich die Freien Wähler zu leicht“, sagte deren Fraktionsvorsitzender Axel Vogel. Straßenausbaubeiträge seien nur ein Teil der Rechnung. In erheblichem Maße würden Hausbesitzer finanziell auch an Straßen-Erschließungsmaßnahmen nach dem Bundesbaugesetzbuch beteiligt. Darauf habe das Land aber keinen Einfluss.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Brandenburger SPD, Björn Lüttmann, sprach dagegen von einem Diskussionsanstoß in der Frage, wie die Verbesserung der örtlichen Straßen, Wege und Plätze künftig finanziert werden. „Beim Einsatz von Steuermitteln würden alle Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs die Verbesserung kommunaler Straßen mitbezahlen“, sagte Lüttmann. Wichtig sei, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich mit den Konsequenzen einer Gesetzesänderung auseinandersetzen und diese abschätzen können. Das gelte insbesondere für eine mögliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Die SPD wolle deswegen eine Prüfung der finanziellen Auswirkungen einer Gesetzesänderung sowie bundesweite Vergleichszahlen abwarten und dann Vorschläge für eine Finanzierung machen.

Die Linke in MV macht hingegen jetzt schon Druck. Weil nach Bayern nun auch die rot-rot-grüne Koalition in Thüringen die Abschaffung anvisiert, sieht die Linksfraktion im Schweriner Landtag den von den Grundstückseigentümern zu zahlenden Beitrag zunehmend im politischen Abseits. Der Verzicht auf diese Form der Mitfinanzierung von Straßensanierungen durch die Bürger finde partei- und fraktionsübergreifend immer stärkeren Zulauf, sagte die finanz- und kommunalpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jeannine Rösler, am Dienstag.



NORDKURIER TELEFON-FORUM

Auskunft zum Thema Straßenbaubeiträge

Wer soll das bezahlen? Wenn Kommunen Straßen erneuern oder ausbauen, ist für die Anlieger oft guter Rat teuer. Denn irgendwann liegt meistens ein Bescheid im Briefkasten, der einen Straßenbaubeitrag fordert. Welche Möglichkeiten haben Betroffene, sich dagegen zu wehren? Wer bietet Hilfe, um solche Bescheide zu prüfen? Was nutzt ein Widerspruch? Wann ist

eine Klage sinnvoll? Diese und andere Fragen zum Thema Straßenbaubeiträge beantworten Experten vom Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN) am Lesertelefon.

Die Experten sind **heute, 24. Oktober, von 10 bis 12 Uhr** unter der Telefonnummer **0395 4575 555** zu erreichen.